

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Dr. André Hahn, Gökyak Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke  
– Drucksache 20/14540 –**

### **Asyl und Abschiebungen beim Herkunftsland Türkei**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Nach Kenntnis der Fragestellenden verschlechtert sich die Menschenrechtsslage in der Türkei immer weiter. Das drückt sich unter anderem in willkürlichen und politisch motivierten Strafverfahren aus, die sich besonders häufig gegen Kurdinnen und Kurden, Linke und andere Personen richten, die zum Beispiel Korruption oder Menschenrechtsverletzungen durch die Türkei kritisieren.

Ein von Pro Asyl in Auftrag gegebenes und im September 2024 veröffentlichtes Rechtsgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass das Mittel der Strafverfolgung in der Türkei eingesetzt wird, um „der Regierung unliebsames politisches Handeln zu verhindern“. Insbesondere Terrorismusvorwürfe würden willkürlich erhoben, entsprechende Strafverfahren würden regelmäßig rechtsstaatliche Standards verletzen. Davon betroffene Personen hätten keine Möglichkeit, sich effektiv zu verteidigen, die richterliche Unabhängigkeit sei nicht gewährleistet. Das habe verschiedene Gründe: Richterinnen und Staatsanwälte würden kontrolliert, nach unliebsamen Entscheidungen versetzt, entlassen oder sogar selbst kriminalisiert. Das materielle Recht sei so formuliert und werde so weit ausgelegt, dass nicht vorhersehbar sei, welche Handlungen als strafbar bewertet werden. In vielen Anklagen und Urteilen würden lediglich konkrete Sachverhalte dargestellt, es fehle aber die Subsumption unter eine gesetzliche Regelung; teilweise fehlten sogar Darstellungen konkreter Sachverhalte. Ermittlungen würden einseitig geführt, zudem würden falsche Beweise angefertigt. Das geschehe insbesondere mithilfe geheimer Zeugen, die unter unklaren Umständen Angaben zu einer Vielzahl von Personen machten. Das Gutachten basiert auf einer einjährigen Untersuchung der türkischen Justiz. Analysiert wurden Urteile türkischer Gerichte und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Berichte des Europarats und der EU-Kommission, ferner wurden Interviews mit in der Türkei praktizierenden Rechtsanwälten und Rechtsanwältinnen geführt. Umgesetzt wurde die Untersuchung durch zwei renommierte Rechtsanwältinnen bzw. Rechtsanwälte aus der Türkei, deren Identität aus Sicherheitsgründen geheim gehalten werden muss. Allein diese Notwendigkeit „spricht Bände über den Zustand des türkischen Rechtsstaats“, wie Pro Asyl kommentiert ([www.proasyl.de/news/keine-chance-auf-gerechtigkeit-politisch-verfolgte-im-fadenkreuz-tuerkischer-justiz/](http://www.proasyl.de/news/keine-chance-auf-gerechtigkeit-politisch-verfolgte-im-fadenkreuz-tuerkischer-justiz/) sowie [www.proasyl.de/wp-content/uploads/Gutachten-Tuerkei-Langfassung\\_final.pdf](http://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Gutachten-Tuerkei-Langfassung_final.pdf)).

Obwohl der Verfolgungsdruck in der Türkei wie beschrieben zunimmt, lehnt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) immer mehr Asylanträge von Geflüchteten aus der Türkei ab. Im Jahr 2023 betrug die um formelle Entscheidungen bereinigte Schutzquote nur noch knapp 18 Prozent, bei Kurdinnen und Kurdinnen lag sie sogar nur bei gut 6 Prozent (Antwort zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 20/10986). Nach Auffassung der Fragestellenden liegt dies unter anderem daran, dass das BAMF häufig den politischen Charakter von Strafverfahren in der Türkei verkennt und den davon betroffenen Asylsuchenden den dringend benötigten Schutz versagt. Die Bundesregierung beantwortete Fragen nach der Unabhängigkeit der türkischen Justiz bei Strafverfahren mit politischem Bezug in der Vergangenheit nicht eindeutig bzw. verwies sie darauf, dass es sich bei Asylentscheidungen immer um Einzelfallentscheidungen handele (zuletzt Antwort zu Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 20/12228). Zuvor hatte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/8222 noch allgemein auf den 15. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung verwiesen, in dem zumindest festgehalten wurde: „Ermittlungs- und Gerichtsverfahren mit politischem Bezug offenbaren die Grenzen der Unabhängigkeit der Justiz und wirken einschüchternd auf große Teile der Zivilgesellschaft.“ Pro Asyl fordert das BAMF auf, die bisherige Entscheidungspraxis zu überdenken, die Willkür politischer Strafverfahren in der Türkei anzuerkennen und die Länderleitsätze für das Land anzupassen. Die Fragestellenden unterstützen diese Forderungen ([www.proasyl.de/news/keine-chance-auf-gerechtigkeit-politisch-verfolgte-im-fadenkreuz-tuerkischer-justiz](http://www.proasyl.de/news/keine-chance-auf-gerechtigkeit-politisch-verfolgte-im-fadenkreuz-tuerkischer-justiz)).

Ende September 2024 berichteten verschiedene Medien über eine bevorstehende „Abschiebeoffensive“ in die Türkei, auf die sich die Bundesregierung nach monatelangen Verhandlungen mit der türkischen Regierung geeinigt habe. Zunächst sei die Abschiebung von 200 türkischen Staatsangehörigen mit Linienflügen geplant. Darüber hinaus habe die türkische Regierung angeboten, bis zu 500 Menschen pro Woche zurückzunehmen. Sie sei bereit, auch Charterflüge zu akzeptieren, wenn diese „Spezialflüge“ genannt würden ([www.tagesschau.de/inland/abschiebung-tuerkei-100.html](http://www.tagesschau.de/inland/abschiebung-tuerkei-100.html)).

1. Wie viele Asylanträge von Asylsuchenden aus der Türkei gab es in den Jahren 2023 und 2024 (bitte nach Quartalen und zwischen türkisch- und kurdischstämmigen Asylsuchenden differenzieren), und wie viele Minderjährige waren unter diesen Asylsuchenden?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (Hinweis: aufgrund nachträglicher Änderungen kommt es zu Abweichungen zwischen der Summe der Quartalswerte und den Jahreswerten):

Asylanträge von Asylsuchenden aus der Türkei im Jahr 2023 nach Volkszugehörigkeit und Alter							
Türkei (Zeiträume)	Asylanträge gesamt	Gesamt		darunter: Kurdischstämmig		darunter: Türkischstämmig	
		<18 Jahre	18+ Jahre	<18 Jahre	18+ Jahre	<18 Jahre	18+ Jahre
Jahr 2023	62.624	20.417	42.207	17.171	35.471	2.475	6.072
1. Quartal	10.582	2.473	8.109	1.946	6.854	364	1.107
2. Quartal	9.154	2.882	6.272	2.346	5.326	402	852
3. Quartal	16.335	5.541	10.794	4.622	8.874	710	1.756
4. Quartal	26.145	9.195	16.950	7.959	14.271	961	2.426

Asylanträge von Asylsuchenden aus der Türkei im Jahr 2024 nach Volkzugehörigkeit und Alter							
Türkei (Zeiträume)	Asylanträge gesamt	Gesamt		darunter: Kurdischstämmig		darunter: Türkischstämmig	
		<18 Jahre	18+ Jahre	<18 Jahre	18+ Jahre	<18 Jahre	18+ Jahre
Jahr 2024	31.056	10.776	20.280	7.943	15.142	2.024	4.771
1. Quartal	10.119	2.988	7.131	2.316	5.606	466	1.389
2. Quartal	6.338	2.157	4.181	1.542	3.055	432	1.049
3. Quartal	7.712	2.912	4.800	2.123	3.492	555	1.221
4. Quartal	6.455	2.332	4.123	1.599	2.882	522	1.151

2. Wie hat das BAMF in den Jahren 2023 und 2024 über die Asylanträge von Asylsuchenden aus der Türkei entschieden (bitte zwischen Asylberechtigung, Flüchtlingseigenschaft, subsidiärem Schutz, Abschiebungsverbot, Ablehnung, Ablehnung als offensichtlich unbegründet, Ablehnung als unzulässig sowie zwischen türkisch- und kurdischstämmigen Asylsuchenden und nach Quartalen differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (Hinweis: aufgrund nachträglicher Änderungen kommt es zu Abweichungen zwischen der Summe der Quartalswerte und den Jahreswerten):

<b>Türkei</b>	<b>Entscheidungen gesamt</b>	<b>Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG</b>	<b>Flüchtlings- schutz § 3 I AsylG</b>	<b>Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG</b>	<b>Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Ableh- nungen (unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)</b>	<b>Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)</b>
Jahr 2023	24.131	254	2.642	200	53	11.869	2.686	4.124	2.303
darunter									
Kurdisch- stämmig	19.687	64	623	159	45	10.796	2.358	3.748	1.894
Türkisch- stämmig	3.907	171	1.927	28	5	900	267	300	309
<b>Türkei</b>	<b>Entschei- dungen gesamt</b>	<b>Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG</b>	<b>Flücht- lingschutz § 3 I AsylG</b>	<b>Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG</b>	<b>Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Ableh- nungen (unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)</b>	<b>Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)</b>
1. Quartal – 2023	5.288	72	718	30	9	2.236	492	1.385	346
darunter									
Kurdisch- stämmig	4.226	18	128	27	8	2.039	428	1.310	268
Türkisch- stämmig	954	51	564	1	-	166	58	55	59
<b>Türkei</b>	<b>Entschei- dungen gesamt</b>	<b>Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG</b>	<b>Flücht- lingschutz § 3 I AsylG</b>	<b>Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG</b>	<b>Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Ableh- nungen (unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)</b>	<b>Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)</b>
2. Quartal – 2023	5.221	76	585	38	18	2.305	478	1.154	567
darunter									
Kurdisch- stämmig	4.222	17	141	31	16	2.073	404	1.064	476
Türkisch- stämmig	891	51	429	3	2	203	56	74	73

<b>Türkei</b>	<b>Entscheidungen gesamt</b>	<b>Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG</b>	<b>Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG</b>	<b>Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG</b>	<b>Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Ableh- nungen (unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)</b>	<b>Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)</b>
3. Quartal – 2023	7.007	71	720	59	13	3.398	783	1.328	635
darunter									
Kurdisch- stämmig	5.755	12	180	50	10	3.088	702	1.192	521
Türkisch- stämmig	1.088	53	518	8	1	249	61	114	84
<b>Türkei</b>	<b>Entschei- dungen gesamt</b>	<b>Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG</b>	<b>Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG</b>	<b>Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG</b>	<b>Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Ableh- nungen (unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)</b>	<b>Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)</b>
4. Quartal – 2023	7.982	35	617	72	13	3.924	934	1.576	811
darunter									
Kurdisch- stämmig	6.772	17	174	51	11	3.592	825	1.420	682
Türkisch- stämmig	1.041	16	414	16	2	280	92	125	96
<b>Türkei</b>	<b>Entschei- dungen gesamt</b>	<b>Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG</b>	<b>Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG</b>	<b>Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG</b>	<b>Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Ableh- nungen (unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)</b>	<b>Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)</b>
Jahr 2024	45.206	219	3.720	246	57	22.537	7.167	4.313	6.947
darunter									
Kurdisch- stämmig	36.970	58	843	211	44	20.104	6.230	3.636	5.844
Türkisch- stämmig	7.009	156	2.785	20	8	1.886	693	592	869

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Türkei	Entscheidungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
1. Quartal – 2024	10.570	53	785	38	16	4.993	1.243	2.055	1.387
darunter									
Kurdisch- stämmig	8.807	12	198	30	13	4.516	1.077	1.783	1.178
Türkisch- stämmig	1.487	40	566	6	2	355	117	238	163

Türkei	Entschei- dungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
1. Quartal – 2024	11.071	63	926	67	9	5.114	1.691	1.372	1.829
darunter									
Kurdisch- stämmig	9.088	17	223	53	6	4.603	1.487	1.169	1.530
Türkisch- stämmig	1.698	44	673	9	3	385	155	179	250

Türkei	Entschei- dungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
3. Quartal – 2024	11.493	52	978	68	22	5.228	1.945	1.211	1.989
darunter									
Kurdisch- stämmig	9.329	11	196	60	17	4.635	1.700	1.040	1.670
Türkisch- stämmig	1.861	41	767	4	3	452	186	154	254

Türkei	Entscheidungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
4. Quartal – 2024	13.803	51	1.031	73	12	7.208	2.294	1.259	1.875
darunter									
Kurdisch- stämmig	11.249	18	226	68	10	6.354	1.970	1.027	1.576
Türkisch- stämmig	2.158	31	779	1	-	694	236	198	219

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

3. Wie hoch waren in den Jahren 2023 und 2024 die Schutzquote und die Schutzquote ohne Berücksichtigung der formellen Ablehnungen bei Asylantragstellenden aus der Türkei insgesamt sowie differenziert nach türkisch- und kurdischstämmigen Antragstellenden (bitte nach Jahren und auch nach Quartalen aufschlüsseln)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	Türkei gesamt		darunter: Kurdischstämmig		darunter: Türkischstämmig	
	Gesamt-schutz- quote	Gesamtschutzquo- te ohne Berück- sichtigung formel- ler Ablehnungen	Gesamt- schutz- quote	Gesamtschutzquo- te ohne Berück- sichtigung formel- ler Ablehnungen	Gesamt- schutz- quote	Gesamtschutzquote ohne Berücksichti- gung formeller Ab- lehnungen
Gesamt 2023	13,0 %	17,8 %	4,5 %	6,3 %	54,5 %	64,6 %
Q1	15,7 %	23,3 %	4,3 %	6,8 %	64,6 %	73,3 %
Q2	13,7 %	20,5 %	4,9 %	7,6 %	54,4 %	65,2 %
Q3	12,3 %	17,1 %	4,4 %	6,2 %	53,3 %	65,2 %
Q4	9,2 %	13,2 %	3,7 %	5,4 %	43,0 %	54,6 %
Gesamt 2024	9,4 %	12,5 %	3,1 %	4,2 %	42,4 %	53,5 %
Q1	8,4 %	12,5 %	2,9 %	4,3 %	41,3 %	56,5 %
Q2	9,6 %	13,5 %	3,3 %	4,7 %	42,9 %	57,4 %
Q3	9,7 %	13,5 %	3,0 %	4,3 %	43,8 %	56,1 %
Q4	8,5 %	10,9 %	2,9 %	3,7 %	37,6 %	46,6 %

4. Wie lauten die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen für das Herkunftsland Türkei in den Jahren 2023 und 2024, differenziert nach den zehn Organisationseinheiten im BAMF mit den jeweils niedrigsten bzw. höchsten Werten (bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 25 entsprechenden Entscheidungen auflisten und nach den Quoten auf- oder absteigend sortieren, bitte zusätzlich nach Jahren und nach kurdischer bzw. türkischer Volkszugehörigkeit differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01.–31.12.2023	Türkei	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen
Organisationseinheiten	24.131	17,8 %
darunter nach höchsten Werten:		
Außenstelle (AS) Ellwangen	146	64,4 %
AS Freiburg	135	57,6 %
AS Speyer	259	41,7 %
AS Jena/Hermsdorf, Landesasylstelle (LAS)	55	39,5 %
AS Karlsruhe, LAS	471	38,9 %
AS Trier, LAS	891	38,2 %
AS Heidelberg im Ankunftszentrum (AZ)	1.040	33,3 %
AS Bielefeld im AZ	240	30,5 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	114	30,3 %
AS Büdingen	343	28,8 %
darunter nach niedrigsten Werten:		
AS Hamburg im AZ, LAS	377	10,4 %
AS Oldenburg	205	10,2 %
AS Lebach in AnKER, LAS	191	9,2 %

01.01.–31.12.2023	Türkei	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen
AS Dresden in AnKER	365	9,2 %
AS Zirndorf in AnKER	821	8,0 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	43	7,5 %
AS Neumünster, LAS	721	7,0 %
AS Berlin, LAS	2.571	4,8 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	263	2,7 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	752	2,6 %

01.01.–31.12.2023	Türkei Kurdischstämmig	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen
Organisationseinheiten	19.687	6,3 %
darunter nach höchsten Werten:		
AS Jena/Hermsdorf, LAS	42	28,1 %
AS Freiburg	77	25,0 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	88	22,6 %
AS Ellwangen	68	22,5 %
AS Karlsruhe, LAS	330	16,7 %
AS Bremen im AZ, LAS	248	14,1 %
AS Friedland, LAS	209	11,9 %
AS Heidelberg im AZ	719	10,8 %
AS Neustadt	69	10,3 %
AS Bochum, LAS	406	9,9 %
darunter nach niedrigsten Werten:		
AS München	705	4,6 %
AS Lebach in AnKER, LAS	172	3,6 %
AS Berlin, LAS	2.284	3,6 %
Entscheidungszentrum West Bonn	400	3,5 %
AS Neumünster, LAS	654	3,0 %
AS Augsburg in AnKER	391	2,5 %
AS Frankfurt/Flughafen	43	2,4 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	695	2,0 %
AS Zirndorf in AnKER	690	1,2 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	231	0,5 %

01.01.–31.12.2023	Türkei Türkischstämmig	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen
Organisationseinheiten	3.907	64,6 %
darunter nach höchsten Werten:		
AS Freiburg	53	90,9 %
AS Ellwangen	76	90,5 %
AS Karlsruhe, LAS	133	88,0 %
AS Bidingen	62	87,9 %
AS Bielefeld im AZ	62	84,3 %
AS Speyer	106	84,0 %
AS Braunschweig	29	83,3 %
AS Sigmaringen	89	82,9 %
AS München	201	81,0 %
AS Heidelberg im AZ	311	78,7 %

01.01.–31.12.2023	Türkei Türkischstämmig	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen
darunter nach niedrigsten Werten:		
AS Zirndorf in AnKER	111	50,5 %
Entscheidungszentrum West Bonn	111	49,5 %
AS Neumünster, LAS	56	48,1 %
AS Hamburg im AZ, LAS	40	44,0 %
AS Oldenburg	31	37,0 %
AS Dresden in AnKER	39	36,7 %
AS Nostorf-Horst, LAS	33	34,6 %
AS Suhl im AZ	35	30,0 %
AS Berlin, LAS	265	15,0 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	52	10,9 %

01.01.–31.12.2024	Türkei	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen
Organisationseinheiten	45.206	12,5 %
darunter nach höchsten Werten:		
AS Freiburg	206	67,1 %
AS Manching in AnKER	31	65,0 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	294	43,4 %
AS Trier, LAS	1.211	43,2 %
AS Heidelberg im AZ	2.334	34,3 %
AS Speyer	528	23,4 %
AS Neustadt	233	22,5 %
AS Augsburg in AnKER	649	21,9 %
AS Büdingen	432	19,1 %
AS Bochum, LAS	1.118	18,7 %
darunter nach niedrigsten Werten:		
AS Frankfurt/Flughafen	246	5,4 %
AS Lebach in AnKER, LAS	272	5,2 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	624	4,9 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	495	4,5 %
AS Bramsche im AZ	1.047	4,2 %
AS Oldenburg	689	3,7 %
AS Berlin, LAS	4.741	3,2 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	1.488	2,8 %
AS Deggendorf in AnKER	186	2,5 %
AS Bamberg in AnKER	37	0,0 %

01.01.–31.12.2024	Türkei Kurdischstämmig	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen
Organisationseinheiten	36.970	4,2 %
darunter nach höchsten Werten:		
AS Freiburg	136	22,6 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	226	20,8 %
AS Leipzig im AZ	40	18,8 %
AS Neustadt	187	12,4 %
AS Büdingen	330	8,6 %
AS Bochum, LAS	886	8,5 %

01.01.–31.12.2024	Türkei Kurdischstämmig	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen
AS Heidelberg im AZ	1.554	8,3 %
AS Trier, LAS	681	8,2 %
AS Bonn im AZ	1.223	7,2 %
AS Speyer	368	7,0 %
darunter nach niedrigsten Werten:		
AS Frankfurt/Flughafen	215	1,9 %
AS Bramsche im AZ	914	1,8 %
AS Berlin, LAS	4.050	1,7 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	561	1,5 %
AS Lebach in AnKER, LAS	225	1,4 %
AS Deggendorf in AnKER	166	1,4 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 4	1.355	1,1 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	1.317	0,7 %
AS Zirndorf in AnKER	1.885	0,5 %
AS Bamberg in AnKER	32	0,0 %

01.01.–31.12.2024	Türkei Türkischstämmig	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen
Organisationseinheiten	7.009	53,5 %
darunter nach höchsten Werten:		
AS Freiburg	69	94,0 %
AS Trier, LAS	512	83,0 %
AS Augsburg in AnKER	105	80,9 %
AS Heidelberg im AZ	758	77,9 %
AS Bidingen	55	75,0 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	64	74,3 %
AS Bochum, LAS	177	68,1 %
AS Bielefeld im AZ	103	67,1 %
AS Speyer	139	64,4 %
AS Ellwangen	65	64,3 %
darunter nach niedrigsten Werten:		
AS Braunschweig	66	32,1 %
AS Schwerin im AZ, LAS	34	30,4 %
AS Bramsche im AZ	109	24,4 %
AS Neumünster, LAS	125	23,9 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	39	23,1 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	151	21,9 %
AS Hamburg im AZ, LAS	114	20,2 %
AS Oldenburg	44	15,0 %
AS Berlin, LAS	606	12,5 %
AS Bremen im AZ, LAS	59	8,3 %

5. Wie haben die Verwaltungsgerichte in den Jahren 2023 und 2024 über die Klagen von Asylsuchenden aus der Türkei gegen Bescheide des BAMF entschieden (bitte wie in der Antwort zu Frage 2 differenzieren)?

Die Angaben können, soweit vorliegend, den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

<b>Türkei</b>	<b>Entscheidungen gesamt</b>	<b>Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG</b>	<b>Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG</b>	<b>Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG</b>	<b>Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Ableh- nungen (unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)</b>	<b>Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)</b>
Jahr 2023	8.584	95	560	29	72	2.808	186	282	4.552
darunter									
Kurdisch- stämmig	7.316	33	352	24	55	2.468	165	266	3.953
Türkisch- stämmig	1.064	58	198	3	9	280	13	15	488
<b>Türkei</b>	<b>Entschei- dungen gesamt</b>	<b>Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG</b>	<b>Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG</b>	<b>Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG</b>	<b>Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Ableh- nungen (unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)</b>	<b>Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)</b>
1. Quartal – 2023	1.740	24	168	5	33	608	29	27	846
darunter									
Kurdisch- stämmig	1.419	6	92	4	23	531	26	25	712
Türkisch- stämmig	276	18	75	1	4	68	2	1	107
<b>Türkei</b>	<b>Entschei- dungen gesamt</b>	<b>Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG</b>	<b>Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG</b>	<b>Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG</b>	<b>Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Ableh- nungen (unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)</b>	<b>Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)</b>	<b>Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)</b>
2. Quartal – 2023	1.920	30	134	4	7	689	33	78	945
darunter									
Kurdisch- stämmig	1.634	10	83	4	6	611	30	74	816
Türkisch- stämmig	247	16	46	-	1	65	1	4	114

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Türkei	Entscheidungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
3. Quartal – 2023	2.367	24	124	9	15	664	75	96	1.360
darunter									
Kurdisch- stämmig	2.033	7	84	7	13	577	62	89	1.194
Türkisch- stämmig	276	17	39	1	1	67	8	7	136

Türkei	Entschei- dungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
4. Quartal – 2023	2.436	14	116	11	11	791	50	80	1.363
darunter									
Kurdisch- stämmig	2.139	8	83	9	10	703	48	78	1.200
Türkisch- stämmig	245	6	30	1	1	76	2	2	127

Türkei	Entschei- dungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
Jan bis Nov 2024	15.278	67	541	38	67	5.952	516	328	7.769
darunter									
Kurdisch- stämmig	13.478	33	412	32	58	5.415	461	293	6.774
Türkisch- stämmig	1.520	34	126	4	3	436	46	27	844

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Türkei	Entscheidungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
1. Quartal – 2024	3.417	17	159	7	11	1.211	103	61	1.848
darunter									
Kurdisch- stämmig	3.017	6	125	7	11	1.091	91	50	1.636
Türkisch- stämmig	351	11	33	-	-	98	12	9	188

Türkei	Entschei- dungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
1. Quartal – 2024	4.030	13	161	16	18	1.506	116	138	2.062
darunter									
Kurdisch- stämmig	3.535	12	109	13	15	1.357	106	127	1.796
Türkisch- stämmig	422	1	52	3	2	129	7	8	220

Türkei	Entschei- dungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
3. Quartal – 2024	4.664	19	127	5	22	1.859	157	83	2.392
darunter									
Kurdisch- stämmig	4.188	8	105	4	20	1.728	141	77	2.105
Türkisch- stämmig	390	11	21	-	1	100	12	4	241

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Türkei	Entscheidungen gesamt	Asylbe- rechtigung Artikel 16a GG	Flücht- lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Ablehnungen (unzulässig nach § 29 I Nummer 1 AsylG)	Sonstige Verfah- renserledigungen (ohne Dublin-Ent- scheidungen)
Okt. bis Nov. 2024	3.055	13	83	8	14	1.289	144	58	1.446
darunter									
Kurdisch- stämmig	2.672	6	63	7	10	1.175	124	54	1.233
Türkisch- stämmig	319	7	19	-	-	89	19	3	182

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

6. Wie hoch war die Verpflichtungs- bzw. Aufhebungsquote der Verwaltungsgerichte bei Asylsuchenden aus der Türkei in den Jahren 2023 und 2024 (bitte nach Jahren differenzieren, bitte zusätzlich zwischen kurdisch- und türkischstämmigen Asylsuchenden differenzieren) bei Nichtberücksichtigung formeller Erledigungen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben, zudem bitte gesondert diejenigen zehn Verwaltungsgerichte auflisten, die die niedrigsten bzw. die höchsten Verpflichtungs- bzw. Aufhebungsquoten in Abweichung vom Durchschnittswert aller Verwaltungsgerichte in diesen Zeiträumen aufwiesen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Aufhebungsquote 1. Januar bis 30. November 2024 Türkei gesamt an Gerichtsentscheidungen gesamt:

Herkunftsland (HKL)/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt	absolut	Anteil
Türkei gesamt	VG Gesamt	15.278	713	4,7 %
	darunter			
	VG Dresden	142	24	16,9 %
	VG Köln	249	35	14,1 %
	VG Lüneburg	137	18	13,1 %
	VG Osnabrück	84	10	11,9 %
	VG Münster	218	25	11,5 %
	VG Minden	207	22	10,6 %
	VG Hannover	229	24	10,5 %
	VG Stade	58	6	10,3 %
	VG Arnberg	303	30	9,9 %
	VG Bremen	187	17	9,1 %
	VG Hamburg	300	4	1,3 %
	VG Halle	80	1	1,3 %
	VG Ansbach	1052	10	1,0 %
	VG Augsburg	441	1	0,2 %
	VG Bayreuth	27	0	0,0 %
	VG Regensburg	71	0	0,0 %
	VG Cottbus	1	0	0,0 %
	Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	3	0	0,0 %
VG Chemnitz	174	0	0,0 %	
VG Greifswald	1	0	0,0 %	

Aufhebungsquote 1. Januar bis 30. November 2024 Türkei gesamt an Gerichtsentscheidungen gesamt abzüglich formeller Verfahrenserledigungen:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt ohne formelle Verfahrenserledigungen	absolut	Anteil
Türkei gesamt	VG Gesamt	7.382	713	9,7 %
	darunter			
	VG Arnberg	80	30	37,5 %
	VG Minden	66	22	33,3 %
	VG Dresden	79	24	30,4 %
	VG Köln	125	35	28,0 %
	VG Stade	22	6	27,3 %
	VG Hannover	93	24	25,8 %
	VG Münster	103	25	24,3 %

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen Gesamt ohne formelle Verfahrenserledigungen	Positive Entscheidungen	
			absolut	Anteil
	VG Sigmaringen	114	25	21,9 %
	VG Osnabrück	48	10	20,8 %
	VG Stuttgart	211	43	20,4 %
	VG Gießen	409	15	3,7 %
	VG Halle	29	1	3,4 %
	VG Würzburg	60	2	3,3 %
	VG Ansbach	620	10	1,6 %
	VG Augsburg	165	1	0,6 %
	VG Bayreuth	18	0	0,0 %
	VG Regensburg	61	0	0,0 %
	VG Cottbus	1	0	0,0 %
	VG Chemnitz	75	0	0,0 %
	VG Greifswald	1	0	0,0 %

Aufhebungsquote 1. Januar bis 30. November 2024 Kurden an Gerichtsentscheidungen gesamt:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen Gesamt	Positive Entscheidungen	
			absolut	Anteil
Türkei/Kurden	VG Gesamt	13.478	535	4,0 %
	darunter			
	VG Dresden	121	20	16,5 %
	VG Lüneburg	127	17	13,4 %
	VG Osnabrück	75	9	12,0 %
	VG Minden	191	22	11,5 %
	VG Köln	210	23	11,0 %
	VG Hannover	201	19	9,5 %
	VG Münster	189	17	9,0 %
	VG Leipzig	330	29	8,8 %
	VG Potsdam	269	23	8,6 %
	VG Stuttgart	468	38	8,1 %
	VG Würzburg	98	1	1,0 %
	VG Darmstadt	309	3	1,0 %
	VG Ansbach	942	8	0,8 %
	VG Augsburg	381	1	0,3 %
	VG Bayreuth	21	0	0,0 %
	VG Regensburg	57	0	0,0 %
	VG Cottbus	1	0	0,0 %
	Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	3	0	0,0 %
VG Chemnitz	160	0	0,0 %	
VG Greifswald	1	0	0,0 %	

Aufhebungsquote 1. Januar bis 30. November 2024 Kurden an Gerichtsentscheidungen gesamt abzüglich formeller Verfahrenserledigungen:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen Gesamt ohne formelle Verfahrenserledigungen	Positive Entscheidungen	
			absolut	Anteil
Türkei/Kurden	VG Gesamt	6.600	535	8,1 %
	darunter			
	VG Minden	65	22	33,8 %

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen Gesamt ohne formelle Verfahrenserledigungen	Positive Entscheidungen	
			absolut	Anteil
	VG Dresden	69	20	29,0 %
	VG Hannover	82	19	23,2 %
	VG Köln	100	23	23,0 %
	VG Osnabrück	44	9	20,5 %
	VG Stade	20	4	20,0 %
	VG Stuttgart	196	38	19,4 %
	VG Schwerin	48	9	18,8 %
	VG Münster	92	17	18,5 %
	VG Lüneburg	98	17	17,3 %
	VG Gießen	364	11	3,0 %
	VG Würzburg	54	1	1,9 %
	VG Frankfurt/Main	304	5	1,6 %
	VG Ansbach	564	8	1,4 %
	VG Augsburg	152	1	0,7 %
	VG Bayreuth	14	0	0,0 %
	VG Regensburg	49	0	0,0 %
	VG Cottbus	1	0	0,0 %
	VG Chemnitz	71	0	0,0 %
	VG Greifswald	1	0	0,0 %

Aufhebungsquote 1. Januar bis 30. November 2024 Türken an Gerichtsentscheidungen gesamt:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen Gesamt	Positive Entscheidungen	
			absolut	Anteil
Türkei/Türken	VG Gesamt	1.520	167	11,0 %
	darunter			
	VG Stade	4	2	50,0 %
	VG Göttingen	9	4	44,4 %
	VG Köln	31	12	38,7 %
	VG Münster	21	8	38,1 %
	VG Arnsherg	71	20	28,2 %
	VG Freiburg	47	13	27,7 %
	VG Frankfurt/Main	58	12	20,7 %
	VG Sigmaringen	50	10	20,0 %
	VG Dresden	20	4	20,0 %
	VG Hannover	26	5	19,2 %
	VG Augsburg	50	0	0,0 %
	VG Bayreuth	5	0	0,0 %
	VG Regensburg	3	0	0,0 %
	VG Bremen	17	0	0,0 %
	VG Hamburg	25	0	0,0 %
	VG Wiesbaden	27	0	0,0 %
	VG Braunschweig	13	0	0,0 %
	VG Oldenburg	14	0	0,0 %
	VG Minden	14	0	0,0 %
	VG des Saarlandes	1	0	0,0 %
	VG Halle	4	0	0,0 %
	VG Weimar	22	0	0,0 %
VG Chemnitz	12	0	0,0 %	
VG Schwerin	32	0	0,0 %	

Aufhebungsquote 1. Januar bis 30. November 2024 Türken an Gerichtsentscheidungen gesamt abzüglich formeller Verfahrenserledigungen:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt ohne formelle Verfahrenserledigungen	absolut	Anteil
Türkei/Türken	VG Gesamt	658	167	25,4 %
	darunter			
	VG Stade	2	2	100,0 %
	VG Münster	9	8	88,9 %
	VG Gelsenkirchen	7	6	85,7 %
	VG Göttingen	5	4	80,0 %
	VG Freiburg	17	13	76,5 %
	VG Arnsberg	28	20	71,4 %
	VG Köln	21	12	57,1 %
	VG Kassel	9	5	55,6 %
	VG Sigmaringen	19	10	52,6 %
	VG München	8	4	50,0 %
	VG Augsburg	12	0	0,0 %
	VG Bayreuth	4	0	0,0 %
	VG Regensburg	3	0	0,0 %
	VG Bremen	3	0	0,0 %
	VG Hamburg	6	0	0,0 %
	VG Wiesbaden	10	0	0,0 %
	VG Braunschweig	2	0	0,0 %
	VG Oldenburg	1	0	0,0 %
VG Minden	1	0	0,0 %	
VG Halle	2	0	0,0 %	
VG Weimar	4	0	0,0 %	
VG Chemnitz	3	0	0,0 %	
VG Schwerin	1	0	0,0 %	

Aufhebungsquote 1. Januar bis 31. Dezember 2023 Türkei gesamt an Gerichtsentscheidungen gesamt:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt	absolut	Anteil
Türkei gesamt	VG Gesamt	8.584	756	8,8 %
	darunter			
	VG Köln	216	62	28,7 %
	VG Osnabrück	46	10	21,7 %
	VG Sigmaringen	195	37	19,0 %
	VG Bremen	146	27	18,5 %
	VG Münster	118	20	16,9 %
	VG Weimar	181	29	16,0 %
	VG Würzburg	19	3	15,8 %
	VG Hannover	228	36	15,8 %
	VG Freiburg	262	41	15,6 %
	VG Wiesbaden	218	34	15,6 %
	VG Dresden	78	2	2,6 %
	VG Bayreuth	41	1	2,4 %
	VG Trier	447	10	2,2 %
	VG Göttingen	62	1	1,6 %
	VG Schwerin	133	2	1,5 %

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt	absolut	Anteil
	VG Augsburg	244	2	0,8 %
	VG Ansbach	253	1	0,4 %
	Schleswig-Holsteinisches OVG	1	0	0,0 %
	VG Gera	1	0	0,0 %
	VG Greifswald	1	0	0,0 %

Aufhebungsquote 1. Januar bis 31. Dezember 2023 Türkei gesamt an Gerichtsentscheidungen gesamt abzüglich formeller Verfahrenserledigungen:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt ohne formelle Verfahrenserledigungen	absolut	Anteil
Türkei gesamt	VG Gesamt	3.906	756	19,4 %
	darunter			
	VG Köln	101	62	61,4 %
	VG Sigmaringen	82	37	45,1 %
	VG Kassel	41	18	43,9 %
	VG Arnberg	41	17	41,5 %
	VG Freiburg	105	41	39,0 %
	VG Bremen	74	27	36,5 %
	VG Wiesbaden	96	34	35,4 %
	VG Hannover	108	36	33,3 %
	VG Osnabrück	30	10	33,3 %
	VG München	28	9	32,1 %
	VG Magdeburg	62	6	9,7 %
	VG Chemnitz	31	3	9,7 %
	VG Dresden	26	2	7,7 %
	VG Schwerin	38	2	5,3 %
	VG Regensburg	23	1	4,3 %
	VG Trier	294	10	3,4 %
	VG Bayreuth	30	1	3,3 %
	VG Göttingen	31	1	3,2 %
VG Augsburg	96	2	2,1 %	
VG Ansbach	133	1	0,8 %	
VG Greifswald	1	0	0,0 %	

Aufhebungsquote 1. Januar bis 31. Dezember 2023 Kurden an Gerichtsentscheidungen gesamt:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt	absolut	Anteil
Türkei/Kurden	VG Gesamt	7.316	464	6,3 %
	darunter			
	VG Bremen	117	22	18,8 %
	VG Köln	148	24	16,2 %
	VG Weimar	159	24	15,1 %
	VG Sigmaringen	164	24	14,6 %
	VG Osnabrück	35	5	14,3 %
	VG Freiburg	236	32	13,6 %
	VG Hamburg	194	25	12,9 %
	VG Münster	103	13	12,6 %
	VG Würzburg	17	2	11,8 %

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt	absolut	Anteil
	VG Potsdam	173	18	10,4 %
	VG Göttingen	58	1	1,7 %
	VG Schwerin	123	2	1,6 %
	VG München	263	4	1,5 %
	VG Oldenburg	93	1	1,1 %
	VG Augsburg	204	1	0,5 %
	VG Ansbach	228	1	0,4 %
	VG Bayreuth	33	0	0,0 %
	VG Braunschweig	78	0	0,0 %
	Schleswig-Holsteinisches OVG	1	0	0,0 %
	VG Gera	1	0	0,0 %

Aufhebungsquote 1. Januar bis 31. Dezember 2023 Kurden an Gerichtsentscheidungen gesamt abzüglich formeller Verfahrenserledigungen:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt ohne formelle Verfahrenserledigungen	absolut	Anteil
Türkei/Kurden	VG Gesamt	3.227	464	14,4 %
	darunter			
	VG Köln	56	24	42,9 %
	VG Sigmaringen	63	24	38,1 %
	VG Bremen	64	22	34,4 %
	VG Freiburg	94	32	34,0 %
	VG Arnshausen	20	6	30,0 %
	VG Weimar	85	24	28,2 %
	VG Hamburg	92	25	27,2 %
	VG Minden	42	11	26,2 %
	VG Kassel	27	7	25,9 %
	VG Stade	8	2	25,0 %
	VG Chemnitz	29	2	6,9 %
	VG Oldenburg	15	1	6,7 %
	VG Schwerin	34	2	5,9 %
	VG Regensburg	19	1	5,3 %
	VG Göttingen	30	1	3,3 %
	VG Trier	271	9	3,3 %
	VG Augsburg	78	1	1,3 %
	VG Ansbach	119	1	0,8 %
VG Bayreuth	23	0	0,0 %	
VG Braunschweig	25	0	0,0 %	

Aufhebungsquote 1. Januar bis 31. Dezember 2023 Türken an Gerichtsentscheidungen gesamt:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt	absolut	Anteil
Türkei/Türken	VG Gesamt	1.064	268	25,2 %
	darunter			
	VG des Saarlandes	1	1	100,0 %
	VG Münster	9	6	66,7 %
	VG Osnabrück	8	5	62,5 %

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt	absolut	Anteil
	VG Gelsenkirchen	16	10	62,5 %
	VG Köln	59	36	61,0 %
	VG Hannover	43	21	48,8 %
	VG Kassel	24	11	45,8 %
	VG Wiesbaden	46	19	41,3 %
	VG Minden	18	7	38,9 %
	VG Sigmaringen	29	11	37,9 %
	VG Trier	42	1	2,4 %
	VG Ansbach	22	0	0,0 %
	VG Regensburg	4	0	0,0 %
	VG Stade	2	0	0,0 %
	VG Göttingen	4	0	0,0 %
	VG Halle	2	0	0,0 %
	VG Chemnitz	10	0	0,0 %
	VG Dresden	5	0	0,0 %
	VG Leipzig	1	0	0,0 %
	VG Schwerin	6	0	0,0 %

Aufhebungsquote 1. Januar bis 31. Dezember 2023 Türken an Gerichtsentscheidungen gesamt abzüglich formeller Verfahrenserledigungen:

HKL/Volk	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen	Positive Entscheidungen	
		Gesamt ohne formelle Verfahrenserledigungen	absolut	Anteil
Türkei/Türken	VG Gesamt	578	268	46,4 %
	darunter			
	VG München	5	5	100,0 %
	VG des Saarlandes	1	1	100,0 %
	VG Gelsenkirchen	11	10	90,9 %
	VG Köln	41	36	87,8 %
	VG Münster	7	6	85,7 %
	VG Freiburg	11	9	81,8 %
	VG Kassel	14	11	78,6 %
	VG Hannover	28	21	75,0 %
	VG Osnabrück	7	5	71,4 %
	VG Stuttgart	10	7	70,0 %
	VG Augsburg	17	1	5,9 %
	VG Trier	22	1	4,5 %
	VG Ansbach	13	0	0,0 %
	VG Regensburg	4	0	0,0 %
	VG Göttingen	1	0	0,0 %
	VG Halle	1	0	0,0 %
	VG Chemnitz	1	0	0,0 %
	VG Dresden	2	0	0,0 %
VG Leipzig	1	0	0,0 %	
VG Schwerin	1	0	0,0 %	

7. Wurden die internen Leitsätze beim BAMF für das Herkunftsland Türkei in den Jahren 2023 und 2024 angepasst, und wenn ja, inwiefern?

Die letztmalig im Januar 2023 inhaltlich überarbeiteten Herkunftsländerleitsätze der Türkei befinden sich in der Fortschreibung. Um eine sachgerechte Ent-

scheidungspraxis zu gewährleisten, werden den Entscheiderinnen und Entscheidern des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wöchentlich Informationen (Briefing Notes) zu den aktuellen Entwicklungen in der Türkei zur Verfügung gestellt.

8. Ist der Bundesregierung bzw. ist dem BAMF das von Pro Asyl herausgegebene Gutachten „Zur Lage der Justiz in der Türkei. Rechtsunsicherheit in Strafverfahren mit politischem Bezug“ bekannt ([www.proasyl.de/wp-content/uploads/Gutachten-Tuerkei-Langfassung\\_final.pdf](http://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Gutachten-Tuerkei-Langfassung_final.pdf))?

Ja.

- a) Was sind aus Sicht der Bundesregierung die wesentlichen Erkenntnisse aus dem Gutachten?
- b) Welche Schlussfolgerungen ziehen die Bundesregierung bzw. das BAMF aus dem Gutachten für den Umgang mit Asylanträgen von Asylsuchenden aus der Türkei?
- c) Sind Erkenntnisse aus dem Gutachten in die internen Leitsätze beim BAMF oder in andere Bewertungen der Lage in der Türkei eingeflossen, wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?
- d) Sehen die Bundesregierung bzw. das BAMF die Notwendigkeit, den Umgang mit Asylanträgen von Asylsuchenden aus der Türkei auf den Prüfstand zu stellen, wenn ja, inwiefern, und wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 8a bis 8d werden gemeinsam beantwortet.

Das BAMF beobachtet und analysiert die Situation in der Türkei laufend und anhand vielfältiger Quellen. Dazu wertet das BAMF alle relevanten Informationen über die Situation in der Türkei aus. Hierzu gehören unter anderem Berichte und Lageeinschätzungen des Auswärtigen Amtes (AA), des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) von Nichtregierungsorganisationen und der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) sowie sonstige Informationen. Außerdem werden Medien beziehungsweise Internetquellen ausgewertet und die Erkenntnisse von Partnerbehörden vor allem im europäischen Ausland berücksichtigt. Bei der Bewertung durch das BAMF wird auch die Rechtsprechung einbezogen. Die umfassenden Informationen sind in einer Datenbank gesammelt und für die Entscheiderinnen und Entscheider jederzeit einsehbar. Dadurch wird sichergestellt, dass diese stets über die aktuelle Situation in der Türkei informiert sind. Das genannte Gutachten von Pro-Asyl ist sowohl der Bundesregierung als auch dem BAMF bekannt. Etwaige Erkenntnisse aus dem Gutachten fließen in die Beurteilung der asyl- und abschieberelevanten Lage ein.

9. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über den Verbleib von Personen, die aus Deutschland in die Türkei abgeschoben wurden, und wenn ja, welche?

Generelle Erkenntnisse liegen der Bundesregierung dazu nicht vor. In Bezug auf den Verbleib von unbegleiteten Minderjährigen ist der Bundesregierung bekannt, dass diese in der Regel Aufnahme bei Verwandten finden.

10. Wie viele türkische Staatsangehörige leben mit welchem Aufenthaltsstatus in Deutschland, wie viele von ihnen haben einen Asylantrag gestellt, wie viele von ihnen sind ausreisepflichtig mit bzw. ohne Duldung (bitte auch nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Ausweislich des Ausländerzentralregisters (AZR) lebten zum Stichtag 31. Dezember 2024 insgesamt 1.544.478 Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit in Deutschland. Bei 270.477 dieser Personen war im AZR ein Asylantrag gespeichert. Darunter waren 63.815 Personen, deren Asylantrag zum genannten Stichtag noch nicht rechts- oder bestandskräftig abgeschlossen war.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Türkische Staatsangehörige insgesamt	1.544.478
davon nach Aufenthaltsstatus:	
Niederlassungserlaubnis	1.111.459
Aufenthaltserlaubnis	223.026
Aufenthaltsgestattung	80.618
Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt	49.035
Sonstiges (z. B. sonstige Aufenthaltsrechte, ausreisepflichtig)	80.340

Ausreisepflichtige türkische Staatsangehörige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Gesamt
Gesamt	13.600	3.065	16.665
Baden-Württemberg	2.120	190	2.310
Bayern	925	454	1.379
Berlin	1.375	415	1.790
Brandenburg	359	50	409
Bremen	353	25	378
Hamburg	446	192	638
Hessen	989	339	1.328
Mecklenburg-Vorpommern	234	31	265
Niedersachsen	1.309	287	1.596
Nordrhein-Westfalen	2.942	538	3.480
Rheinland-Pfalz	590	126	716
Saarland	176	21	197
Sachsen	498	200	698
Sachsen-Anhalt	224	25	249
Schleswig-Holstein	794	131	925
Thüringen	266	41	307

11. Wie viele Personen wurden in den Jahren 2023 und 2024 aus Deutschland in die Türkei abgeschoben (bitte nach Quartalen und für die zweite Jahreshälfte 2024 nach Monaten aufschlüsseln)?

Die Angaben können den nachfolgenden Übersichten entnommen werden.

vollzogene Abschiebungen in die Türkei	2023 (nach Quartalen)				Gesamt
	Q1	Q2	Q3	Q4	
	159	186	257	273	

vollzogene Abschiebungen in die Türkei	2024 (nach Quartalen und Monaten)								Gesamt
	Q1	Q2	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
	222	219	110	109	103	122	108	94	

a) Wie verteilen sich diese Abschiebungen auf die Bundesländer?

Die Angaben können der nachfolgenden Übersichten entnommen werden.

veranlassendes Land	2023 (nach Quartalen)				Gesamt
	Q1	Q2	Q3	Q4	
Baden-Württemberg	18	28	26	35	107
Bayern	9	31	19	27	86
Berlin	3	7	11	5	26
BPOL	35	27	59	80	201
Brandenburg	1	1	2	0	4
Bremen	2	0	0	0	2
Hamburg	1	11	29	8	49
Hessen	22	24	26	24	96
Mecklenburg-Vorpommern	3	1	1	1	6
Niedersachsen	3	11	3	4	21
Nordrhein-Westfalen	26	18	30	38	112
Rheinland-Pfalz	11	5	14	12	42
Saarland	2	1	0	3	6
Sachsen	11	15	22	13	61
Sachsen-Anhalt	5	2	10	7	24
Schleswig-Holstein	5	4	4	12	25
Thüringen	2		1	4	7
Gesamt	159	186	257	273	875

veranlassendes Land	2024 (nach Quartalen und Monaten)								Gesamt
	Q1	Q2	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
Baden-Württemberg	23	30	12	7	11	12	12	14	121
Bayern	48	41	16	24	17	22	14	13	195
Berlin	6	15	5	7	2	7	9	2	53
BPOL	8	5	4	7	14	15	13	5	71
Brandenburg	1	2	8	3	0	0	2	0	16
Bremen	2	3	1	0	2	4	2	0	14
Hamburg	9	13	0	16	2	2	3	3	48
Hessen	14	17	9	8	12	6	11	9	86
Mecklenburg-Vorpommern	3	2	0	0	0	1	0	0	6
Niedersachsen	8	9	4	3	0	0	5	3	32
Nordrhein-Westfalen	42	34	27	14	15	23	13	26	194
Rheinland-Pfalz	12	9	5	4	9	8	13	5	65
Saarland	1	1	0	2	0	0	0	1	5
Sachsen	25	12	5	7	4	12	4	3	72
Sachsen-Anhalt	2	8	3	1	6	2	1	2	25
Schleswig-Holstein	15	16	8	4	9	5	4	8	69
Thüringen	3	2	3	2	0	3	2	0	15
Gesamt	222	219	110	109	103	122	108	94	1.087

- b) Wie viele Abschiebungen wurden per Linienflug, per „Mini-Charter“ mit bis zu vier Personen und wie viele als Sammelabschiebung vollzogen (bitte die Mini-Charterflüge und Sammelabschiebung einzeln mit Datum, Abflughafen in Deutschland, Fluggesellschaft, Zahl der abgeschobenen Personen und Zahl der Begleitbeamten auflisten)?

Die Angaben zu Abschiebungen per Charter- und Linienflügen sind den nachfolgenden Übersichten zu entnehmen. Hinsichtlich der Fragen nach den Fluggesellschaften verweist die Bundesregierung darauf, dass das verfassungsrechtlich verbürgte Frage- und Informationsrecht des Parlaments auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit hin angelegt ist. Wenn das Informationsinteresse des Parlaments aber auf Auskünfte zielt, die zur Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen nicht öffentlich kundgegeben werden können, sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Formen der Informationsvermittlung zu suchen, die beiden Interessen Rechnung tragen (vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) 124, 161 [193]). Im vorliegenden Fall ist die Einstufung der Benennung der Fluggesellschaften als Verschlussache (VS) sowohl zur Wahrung von Staatswohlinteressen als auch zur Wahrung berechtigter, grundrechtlich geschützter Interessen der betroffenen Fluggesellschaften notwendig. Eine Veröffentlichung der Fluggesellschaften berührt auch durch Artikel 12 des Grundgesetzes geschützte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse dieser Fluggesellschaften und kann sich gegebenenfalls negativ auf die Wahrnehmung dieser Fluggesellschaften in der Öffentlichkeit auswirken.

Eine öffentliche Benennung der Fluggesellschaften, welche Rückführungsflüge anbieten, birgt die Gefahr, dass diese Unternehmen öffentlicher Kritik ausgesetzt werden und in der Folge für die Beförderung von ausreisepflichtigen Personen in die Heimatländer nicht mehr zur Verfügung stehen. Damit werden Rückführungen weiter erschwert oder sogar unmöglich gemacht, sodass staatliche Interessen an der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes negativ beeinträchtigt werden.

Um gleichwohl dem parlamentarischen Informationsanspruch nachzukommen, ist dieser Teil der Antwort mit dem Geheimhaltungsgrad „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ gemäß § 2 Absatz 2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern und für Heimat zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen eingestuft worden, er wird gesondert in der Anlage\* übermittelt, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist.

Anzahl abgeschobener Personen per Charter/Linie	2023 (nach Quartalen)				Gesamt
	Q1	Q2	Q3	Q4	
Charter/Minicharter	5	19	8	0	32
Linie	154	167	249	273	843
Gesamt	159	186	257	273	875

Anzahl abgeschobener Personen per Charter/Linie	2024 (nach Quartalen und Monaten)								Gesamt
	Q1	Q2	Juli	August	Sep-tember	Okto-ber	Novem-ber	Dezem-ber	
Charter/Minicharter	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Linie	222	219	110	109	103	122	108	94	1.087
Gesamt	222	219	110	109	103	122	108	94	1.087

\* Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat die Antwort als „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

Datum	Abflughafen	Anzahl Personen	Anzahl Begleiter
31.01.2023	BER	5	20
21.04.2023	BER	3	12
05.05.2023	STR	4	15
23.05.2023	FRA	4	14
07.06.2023	MUC	4	18
15.06.2023	BER	4	16
05.07.2023	BER	4	16
22.09.2023	BER	4	16
Gesamt		32	127

12. Wie viele Asylsuchende aus der Türkei wurden in den Jahren 2023 und 2024 im Rahmen des Dublin-Systems in andere EU-Staaten überstellt (bitte nach Jahren und Zielstaaten der Überstellungen aufschlüsseln)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Überstellungen an Mitgliedstaaten Staatsangehörigkeit Türkei	Jahr 2023	Jahr 2024
Gesamt	536	899
Belgien	9	6
Bulgarien	1	1
Dänemark	1	0
Estland	2	3
Finnland	1	0
Frankreich	36	34
Kroatien	88	106
Litauen	1	4
Luxemburg	0	1
Niederlande	25	44
Norwegen	0	1
Österreich	326	505
Polen	15	20
Portugal	0	1
Rumänien	10	8
Schweden	3	8
Schweiz	5	115
Slowakei	1	2
Slowenien	1	3
Spanien	8	7
Tschechien	3	29
Zypern	0	1

13. Wie viele türkische Staatsangehörige sind in den Jahren 2023 und 2024 mit einer finanziellen Förderung des Bundes oder der Länder „freiwillig“ ausgereist (bitte nach Halbjahren aufschlüsseln), und wie viele türkische Staatsangehörige sind im genannten Zeitraum selbstständig kontrolliert mit einer Grenzübertrittsbescheinigung ausgereist (bitte nach Halbjahren aufschlüsseln)?

Über das Bund-Länder-Programm REAG (Reintegration and Emigration Programme for Asylum Seekers in Germany)/GARP (Government Assisted Repatriation Programme) sind für die Jahre 2023 und 2024 gefördert freiwillig ausgereiste türkische Staatsangehörige der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Bei den Daten für das Jahr 2024 handelt es sich um vorläufige Zahlen (Stand: 17. Januar 2025).

Freiwillige Ausreisen türkischer Staatsangehöriger über REAG/GARP in Personen:

	Januar bis Juni	Juli bis Dezember	Gesamt
2023	661	951	1.612
2024	1.225	2.051	3.276

Quelle: Internationale Organisation für Migration (IOM), BAMF

Laut AZR sind in 2023 und 2024 insgesamt 3.648 türkische Personen mit einer finanziellen Förderung der Länder ausgereist. Der nachfolgenden Tabelle ist die Aufteilung nach den jeweiligen Halbjahren sowie nach Bundesländern zu entnehmen:

Anzahl Personen	1. Halbjahr 2023	2. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2024	2. Halbjahr 2024	Summe
Baden-Württemberg	5	16	109	283	413
Bayern	97	151	271	486	1.005
Berlin	10	39	59	101	209
Brandenburg	11	3	29	27	70
Bremen			6	25	31
Hamburg	19	22	38	110	189
Hessen	71	92	244	280	687
Mecklenburg-Vorpommern	1		2	11	14
Niedersachsen	19	11	68	129	227
Nordrhein-Westfalen	35	30	140	211	416
Rheinland-Pfalz		3	18	43	64
Saarland	3	2	5	13	23
Sachsen	10	6	66	95	177
Sachsen-Anhalt	1		5	23	29
Schleswig-Holstein			19	11	30
Thüringen			23	41	64
Summe	282	375	1.102	1.889	3.648

Quelle: AZR

In der Auswertung wurden alle Speichersachverhalte des AZR berücksichtigt, die eine Förderung auf Landes- bzw. Kommunalebene abbilden (inklusive Programmen unter Bundesbeteiligung). Einzelne Förderprogramme werden im AZR nicht erfasst.

Der Bundesregierung liegen über die AZR-Eintragungen zur Förderung auf Landes- bzw. Kommunalebene hinaus keine Daten zu den Förderprogrammen der Länder vor. Aus diesem Grund ist keine Aussage hinsichtlich der Qualität der Daten möglich.

Die Verantwortlichkeit der zeitnahen Datenübermittlung an das AZR obliegt der jeweils meldepflichtigen Stelle – im Falle der Förderprogramme der Länder grundsätzlich den Ausländerbehörden in den Ländern.

Eine Addition zu den REAG/GARP-Ausreisen ist nicht vorzunehmen, da es sich hierbei teilweise um REAG/GARP ergänzende Förderungen derselben Personen handeln kann.

Die Angaben gemäß Polizeilicher Eingangsstatistik der Bundespolizei zu den türkischen Staatsangehörigen, welche im erfragten Zeitraum freiwillig unter

Vorlage einer Grenzübertrittsbescheinigung ausgereist sind, sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Staats- angehörigkeit	1. Halbjahr 2023	2. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2024	2. Halbjahr 2024
	Anzahl Personen			
türkisch	1.839	2.330	3.568	3.931

14. Wie kam die Liste von 200 türkischen Staatsangehörigen zusammen, mit deren Rücknahme die türkische Regierung sich einverstanden erklärt haben soll ([www.morgenpost.de/politik/article407370424/500-abschiebung-en-pro-woche-darum-geht-es-beim-tuerkei-deal.html](http://www.morgenpost.de/politik/article407370424/500-abschiebung-en-pro-woche-darum-geht-es-beim-tuerkei-deal.html))?
  - a) Wie verteilen sich die 200 Personen auf die Bundesländer?
  - b) Welche näheren Angaben kann die Bundesregierung zu diesen Personen machen, wie viele von ihnen sind etwa weiblich bzw. männlich, bei wie vielen handelt es sich um abgelehnte Asylsuchende, wie viele sind Kurdinnen bzw. Kurden?
  - c) Ist es vorgekommen, dass die türkische Regierung gegenüber der Bundesregierung bzw. deutschen Behörden die Abschiebung bestimmter Personen angeregt bzw. vorgeschlagen hat, und wenn ja, wie wurde damit umgegangen?
  - d) Wurden die besagten 200 Personen bereits in die Türkei abgeschoben (wenn nein, bitte angeben, wie viele Abschiebungen es bereits gab)?
15. Sind Medienberichte zutreffend, wonach die türkische Regierung zwar Sammelabschiebungen per Charterflug ablehne, aber bereit sei, diese zu akzeptieren, wenn sie „Spezialflug“ genannt würden, und wenn ja, handelt es sich dabei tatsächlich nur um eine begriffliche Unterscheidung ([www.tagesschau.de/inland/abschiebung-tuerkei-100.html](http://www.tagesschau.de/inland/abschiebung-tuerkei-100.html)), wenn es sich nicht nur um eine begriffliche Unterscheidung handelt, worin besteht der Unterschied?
16. Haben in der Zwischenzeit bereits „Spezialflüge“ stattgefunden, wenn ja, wann (bitte mit Datum auflisten), und wie viele Personen wurden damit abgeschoben, und wenn nein, gibt es bereits konkrete Planungen für die Durchführung von „Spezialflügen“?
17. Was genau haben die Bundesregierung und die türkische Regierung hinsichtlich der Beschaffung von Reisedokumenten für ausreisepflichtige türkische Staatsangehörige vereinbart, unter welchen Bedingungen sind die türkischen Behörden bereit, solche Dokumente auszustellen, und wie hat sich dies gegenüber der vorherigen Situation verändert ([www.morgenpost.de/politik/article407370424/500-abschiebungen-pro-woche-darum-geht-es-beim-tuerkei-deal.html](http://www.morgenpost.de/politik/article407370424/500-abschiebungen-pro-woche-darum-geht-es-beim-tuerkei-deal.html))?
18. Ist es zutreffend, dass die türkische Regierung angeboten hat, 500 türkische Staatsbürger pro Woche zurückzunehmen, die Bundesländer aber auf Anfrage der Bundesregierung nicht in der Lage waren, so viele ausreisepflichtige Personen zu nennen, wie die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, in der Sitzung des Innenausschusses im Deutschen Bundestag am 4. Dezember 2024 berichtete?

Die Fragen 14 bis 18 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung spricht intensiv mit Herkunftsländern über die Verbesserung der Rückkehrkooperation. Auch mit der Türkei ist die Bundesregierung fortlaufend über migrationspolitische Themen einschließlich der Rückführungskooperation im Gespräch. Die Türkei ist ein wichtiger Partner Deutschlands in all diesen Fragen. Zu konkreten Inhalten vertraulicher Gespräche mit

ausländischen Partnern nimmt die Bundesregierung im Übrigen grundsätzlich keine Stellung. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass der Vollzug des Aufenthaltsrechts, zu dem auch die Durchführung von Rückführungen gehört, in die Zuständigkeit der Länder fällt und der Bund hierbei lediglich unterstützend tätig wird.

19. Wie ist zu erklären, dass in der Antwort der Bundesregierung auf eine Mündliche Frage der Abgeordneten Clara Bünger in der Anlage von knapp 12 888 ausreisepflichtigen türkischen Staatsangehörigen mit „Asylbezug“ die Rede war, wohingegen es in der Antwort selbst hieß, dass nur 7 551 der ausreisepflichtigen türkischen Staatsangehörigen abgelehnte Asylsuchende seien (Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 30, Plenarprotokoll 20/190), wie kommt die Differenz von 5 337 Personen zustande, und worin besteht der Unterschied zwischen „Asylbezug“ und (abgelehntem) Asylantrag?

Zu „Personen mit Asylbezug“ zählen alle Personen, die jemals ein Asylgesuch geäußert oder einen Asylantrag gestellt haben, unabhängig vom Ausgang des Asylverfahrens und unabhängig davon, ob das Asylverfahren zum Auswertungsstichtag bereits rechts- oder bestandskräftig abgeschlossen wurde. Bei Personen mit abgelehntem Asylantrag hingegen werden nur Personen berücksichtigt, deren Asylstatus „Asylantrag abgelehnt“ lautet.

20. Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Stadt Siegen am 5. Dezember 2023 einen kurdischen Mann in die Türkei abgeschoben hat, obwohl das BAMF noch nicht über dessen Asylfolgeantrag entschieden und der Stadt auch nicht mitgeteilt hatte, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt werde, wie das Projekt „Abschiebungsreporting NRW“ berichtet ([www.grundrechtekomitee.de/fileadmin/user\\_upload/Rose\\_Schiessl\\_Abschiebungen\\_in\\_NRW\\_Ausgrenzung\\_Entrechtung\\_Widerstaende.pdf](http://www.grundrechtekomitee.de/fileadmin/user_upload/Rose_Schiessl_Abschiebungen_in_NRW_Ausgrenzung_Entrechtung_Widerstaende.pdf), S. 125)?
  - a) Ist es zutreffend, dass das BAMF den Tag der Abschiebung kannte, was sich laut dem genannten Bericht aus entsprechenden Unterlagen ergebe (ebd., Fußnote 253)?
  - b) Gab es im Vorfeld des 5. Dezember 2023 Kommunikation zwischen dem BAMF und der Stadt Siegen bzw. der zuständigen Ausländerbehörde bezüglich der bevorstehenden Abschiebung, und wenn ja, was war deren Inhalt, haben die Stadt Siegen bzw. die Ausländerbehörde sich beim BAMF erkundigt, ob ein weiteres Asylverfahren durchgeführt würde, und falls nein, warum hat das BAMF die Stadt Siegen bzw. die Ausländerbehörde nicht von sich aus über den anhängigen Asylfolgeantrag des Betroffenen informiert?
  - c) Teilt die Bundesregierung die in dem Bericht dargelegte Einschätzung, dass die Abschiebung des Mannes rechtswidrig erfolgte (bitte erläutern), und welche Konsequenzen zieht sie aus dem Vorgang, etwa im Hinblick auf eine Änderung der gesetzlich festgelegten Nichtankündigung von Abschiebeterminen, teilt die Bundesregierung die dort vertretene Einschätzung, dass diese Nichtankündigung von Abschiebeterminen dazu führen kann, dass der effektive Rechtsschutz in zeitlicher und rein praktischer Hinsicht dramatisch eingeschränkt wird (bitte begründen)?
  - d) Wird der Fall beim BAMF bzw. in Arbeitsgruppen zwischen Bund und Ländern oder in anderen Gremien aufgearbeitet, wenn ja, welche näheren Angaben kann die Bundesregierung dazu machen, und wenn nein, warum nicht?

- e) Gab es nach Kenntnis der Bundesregierung Bemühungen, dem Betroffenen die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen, wenn ja, welche, und inwieweit waren diese erfolgreich, und wenn nein, warum nicht, und was ist der Bundesregierung über das weitere Schicksal des Mannes bekannt?

Die Fragen 20 bis 20e werden gemeinsam beantwortet:

Nach Kenntnis der Bundesregierung teilte das BAMF der Ausländerbehörde Siegen am 4. Dezember 2024 mit, dass kein weiteres Asylverfahren durchzuführen ist. Dies zugrunde gelegt wäre die Abschiebungsandrohung aus dem Erstverfahren weiterhin vollziehbar und konnte aufgrund der Mitteilung auch vollzogen werden (§ 71 Absatz 5 Asylgesetz (AsylG) a. F.). Darüber hinaus wurde nach Kenntnis der Bundesregierung der Antrag im gerichtlichen Eilverfahren, die Bundesrepublik Deutschland zu verpflichten, die abgeschobene Person nach Deutschland zurückzuholen, zurückgenommen.

Unabhängig des geschilderten Einzelfalls weist die Bundesregierung darauf hin, dass das BAMF seine für die Durchführung des Asylverfahrens entwickelten Standards und Arbeitsprozesse fortlaufend überprüft und optimiert, auch anlassbezogen, um zielgerichtet auf mögliche Fehlentwicklungen reagieren zu können. Eine zentrale Maßnahme ist die beständige Weiterqualifizierung und unverzügliche Unterrichtung der Beschäftigten im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen und neue Erkenntnisse in den jeweiligen Herkunftsländern.

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*